



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/260 - 13. November 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21884 - 83

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Neue Regierung in Niedersachsen	S. 1
Unsere Auslandsreportage - Mexiko am Scheidewege (II und Schluss)	S. 3
Zonenrand braucht Bundeshilfe	S. 5
Zu den deutsch-russischen Verhandlungen	S. 6a
Hamburger Echo: "Antwort der Funktionäre"	S. 7

"Grosse Koalition" in Hannover

sp. Die neue niedersächsische Koalition war bereits beschlossene Sache, aber die Verkündigung verzögerte sich, weil in den Fraktionen noch um die Ministerliste gerungen wurde. Da erzwangen die in Vestibül des Landtages wartenden Journalisten spontan eine Pressekonferenz und wohl oder übel mussten die Fraktionsvorsitzenden der tragenden Parteien den Pressevertretern Rede und Antwort stehen. So sah man nach sieben Jahren zum ersten Mal wieder einträchtig den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Robert Hoffmeister, neben den Vorsitzenden der DP/CDU, Dr. Scherf und Pastor Schönfelder sitzen. Vor genau sieben Jahren hatte die niedersächsische CDU aus bundespolitischen Erwägungen die gemeinsame Plattform mit der SPD verlassen; ihre Stelle nahm dann Jahre hindurch der BHE ein, bis 1955 auch der BHE abtrünnig wurde und an erster Stelle dazu beitrug, dass die grösste Partei des Landes, die SPD, in die Opposition gedrängt wurde.

Am Anfang aller Betrachtungen zur neuen Koalition steht die Erkenntnis, dass man in Niedersachsen auf die Dauer nicht gegen die SPD regieren kann. Was die "bürgerlichen" Parteien 1955 inszeniert hatten, war ein Experiment, das unter dem von Born diktierten Motto stand, die SPD "um jeden Preis" auszuschalten. Das hat sich bitter gerächt; das erste Kabinett Hellwege "schlüterte" von einer Krise in die andere, bis es nicht mehr ging. Schuld daran war in erster Linie die niedersächsische FDP, die aus dem Fall Schlüter nichts gelernt hatte und konsequent den Weg weitergegangen war, den sie seit 1948 beschritt,

als Arthur Stegner, vier Jahre später ausgebootet, die liberalen Elemente in der FDP systematisch an die Wand drückte. Das Gesicht, das die niedersächsische FDP damals bekam, hat sie im wesentlichen bis heute beibehalten; ihre führenden Männer waren stets Politiker, die man sich schwerlich neben Reinhold Maier oder Thomas Dehler vorstellen kann.

Der Augenblick musste kommen, da auch für die CDU der Topf voll war. Als er kam, stand die SPD vor einer heiklen Frage. Sie hatte 2 1/2 Jahre hindurch infolge einer konstruktiven Opposition und durch die Fehler der anderen Seite ständig an Ansehen gewonnen; wo immer der langjährige Ministerpräsident Kopf seine imposante Figur in Erscheinung brachte, schlugen ihm die Wellen einer tief im Volk verwurzelten Sympathie entgegen. Man konnte es an den Wahlergebnissen ablesen: bei Bundestagswahlen, 1953 und 1957, wenn der "Adenauer-Sog" wirksam war, wurde die CDU zur stärksten Partei im Lande, wenn aber die Landespolitik zur Debatte stand, wenn es darum ging, einen Landtag für die Ordnung der Dinge im Lande zu beschicken, ging die SPD aus der Wahl mit steigendem Zahlen als Sieger hervor.

Unter diesen Aspekten hätte es für die niedersächsische SPD nahegelegen, mit verschränkten Armen zuzuschauen, wie die "bürgerliche" Koalition sich bis zur letzten Konsequenz zu Tode regiert hätte. Mit einem solchen Triumph in den Landtagswahlkampf zu gehen, war für die SPD verlockend. Aber die Partei, die zehn Jahre lang einen "Hilf mir Kopf auf den Welfenthron" geschickt hatte, besann sich ihrer Pflicht gegenüber dem Lande; sie verzichtete auf eine kaheliegende demagogische Ausnutzung der Situation und ging wieder in die Verantwortung, von der sie mit nicht gerade feinen Mitteln ferngehalten worden war.

Eines konnte die SPD, als die Dinge sich wanderten, freilich nicht vergessen: dass der BHE sie 1955 ohne berechtigten Grund verraten hatte. Darum waren alle Versuche von dieser Seite, in die Verhandlungen einzugreifen, die sich zwischen CDU und SPD entwickelten, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Partei von Kessels, die es unter den Sozialdemokraten wie später unter der CDU verstanden hat, ihren Vorteil manchmal mit Mitteln zu wahren, die an der Grenze des Anstandes lagen, bekam nun von beiden Seiten die Rechnung präsentiert. Dass es auch der SPD unmöglich gewesen wäre, mit einer um die DRP vermehrten FDP niedersächsischer Prägung zusammenzugehen, war für die Sozialdemokraten so selbstverständlich wie für die CDU.

Betrachtet man die Verteilung der Gewichte in der neuen Koalition - SPD 58, DP/CDU 63, davon DP 19 Mandate - dann fällt auf, dass die DP mit dem Ministerpräsidenten und dem schwerwiegenden Kultusministerium relativ besser abschneidet als die beiden größeren Partner. Koalitionen fordern immer Opfer und man wird sowohl der SPD als auch der CDU in diesem Falle beschreiben müssen, dass beide von ihren Absichten einiges zurückgestellt haben, um zu einem erpresselichen Ganzen zu kommen. Damit ist nach einer unerfreulichen Periode der Landespolitik auch in Niedersachsen eine Situation herbeigeführt worden, die zum Wohle des Landes zumindest bis zu den nächsten Landtagswahlen im Spätherbst 1958 anhalten soll.

Mexiko im Industrialisierungsprozess (II)

Von unserem mittelamerikanischen Mitarbeiter Max Diamant

Mexiko ist sehr spät erst in den welthistorischen Prozess des Strukturwandels zu einer industriellen Gesellschaft eingetreten. Gerade darum genießt es jetzt von dem Vorteil, in einem besonders schnellen Tempo seinen ökonomischen Entwicklungsprozess zu durchlaufen. Ohne besonderen Anlauf ist Mexiko so in der Lage, alle vorangegangenen Erfahrungen der hochentwickelten Länder zu übernehmen und zugleich mit den letzten technischen und organisatorischen Errungenschaften auch die rationellsten Produktionsmethoden. Das ist derselbe Vorteil des historischen Nachzüglers, der sich im 19. Jahrhundert grundsätzlich zuerst zugunsten Frankreichs und dann Deutschlands auswirkte und der im 20. Jahrhundert dann wesentlich mitbestimmend war für den raschen Aufstieg zuerst der Vereinigten Staaten und dann Russlands. England, das erste industrielle Land der Welt, brauchte mehr als anderthalb Jahrhunderte, um seinen sozialökonomischen Strukturwechsel von der Landwirtschaft zur Industrie durchführen zu können. In Frankreich erforderte der gleiche Prozess etwa 125 Jahre - von 1793 bis 1920. Die Vereinigten Staaten hatten ihre Industrialisierung im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts begonnen und waren nach hundert Jahren, am Ende des I. Weltkrieges, eine industrielle Grossmacht. Deutschland begann seine industrielle Umgestaltung zaghaft zuerst um die Mitte des 19. Jahrhunderts, und mit vollem Schwung erst nach der Bismarckschen Reichsgründung, und hatte zu Beginn des I. Weltkrieges etwa die industrielle Potenz der damaligen ersten Industriemacht der Welt, Englands erreicht. Russland, das erst am Ende des 19. Jahrhunderts in den Industrialisierungsprozess eintrat, hat in dieser Reihenfolge die Dauer seiner industriellen Umgestaltung wiederum um einige Jahre verkürzt. Mexiko verwandelt sich nun vor unseren Augen seit etwa zwanzig Jahren zu einem modernen Industrieland und hat in dieser Frist die Hälfte des Weges bereits zurückgelegt.

Doch gibt es auch für Mexiko keinen Automatismus eines einmal vorgezeichneten Entwicklungsweges. Der Weg einer Gesellschaft wird in erster Linie bestimmt durch das Resultat der Anstrengungen, Leistungen und Auseinandersetzungen seiner eigenen sozialen Kräfte - aber auch von den Wirkungen und Veränderungen, die von der Umwelt ausgehen. Auf hal-

dem Wege zur Erlangung seiner sozialökonomischen Selbständigkeit - die für das freiheitsliebende moderne Mexiko immer mehr ein Kernstück der nationalen Unabhängigkeit geworden ist - erlangt die jetzige Generaldebatte um den weiteren Entwicklungsabschnitt grösste Bedeutung.

Auch Mexiko entwickelt sich unter den dramatisch zugespitzten Bedingungen unserer Welt in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts. Drei Hauptelemente ringen miteinander um den Vorrang und bewirken letztlich doch gemeinsam den weiteren Entwicklungsweg der mexikanischen Gesellschaft: Die nationalrevolutionäre Problematik der mexikanischen Revolution und ihre realen Wandlungen; die kollektivistischen und sozialistischen Ideen und ihre Widerspiegelung in den verschiedenen Versuchen, Experimenten, Leistungen und Fehlschlägen; die Anziehungskraft, die vom hochkapitalistischen Aufstieg der USA ausgeht. Je nachdem, welche dieser Hauptelemente im weiteren Entwicklungsabschnitt die Führung übernehmen, werden u.a. die noch offenen politischen und sozialen Zukunftsfragen des neuen Mexiko beantwortet werden.

Industriebetriebe schiessen aus dem Boden

Mexiko durchlebt seit etwa zehn Jahren einen so starken Impuls im industriellen Aufschwung, dass es in der gesellschaftlichen Stimmung stark an die deutsche "Gründerzeit" erinnert. Immer wieder neue Betriebe schiessen aus dem Boden, ganze Industriezweige entstehen, moderne Industriezentren und zusammenhängende Industriestädte wachsen in kurzer Zeit in Gegenden hervor, die bislang öde und völlig unentwickelt waren. Gleichzeitig überzieht das Land ein immer grösseres Netz der Stromversorgung und der Transportwege. Neue Häfen entstehen und alte werden ausgebaut. Riesige neue Staudämme verändern das Antlitz ganzer Landesgegenden. Es gibt kaum noch ein Gebiet der gesellschaftlichen Tätigkeit, das nicht dem Druck und den Rückwirkungen des stürmischen Industrialisierungsprozesses ausgesetzt ist. Selbst die Landwirtschaft, das Sorgenkind Mexikos, ist in einem Prozess der Mechanisierung und der zunehmenden industriellen Verwertung ihrer Erzeugnisse eingetreten. Märkte und Geschäftsbetriebe werden modernisiert. Besonders in den Städten wandelt sich vieles zusehends in Richtung einer starken "Amerikanisierung". Die Hast, besonders im städtischen Verkehr, steigert sich von Jahr zu Jahr. Alte Sitten und Gewohnheiten, ehrwürdige Einrichtungen, sterben ab.

Wirtschaftswunder an der Grenze

K.J. Vielleicht ist es nicht ganz richtig, zu sagen, die Zonenrandgebiete lebten im Schatten des deutschen "Wirtschaftswunders". Zugabe: Sie haben einige Sonnenstrahlen der wirtschaftlichen Prosperität mitbekommen. Aber reichen sie aus, die Randgebiete zum Blühen zu bringen? Natürlich nicht. Die Stützungsgeelder des Bundes sind zu knapp bemessen.

Seit 1935 hat die Bundesregierung für den Zonenrand - man versteht darunter das 40 Kilometer tiefe Gebiet entlang der 1 329 Kilometer langen Zonenrandgrenze - rund 400 Millionen DM ausgegeben. Das war kein Geschenk, sondern bittere Notwendigkeit, sollte das Land wirtschaftlich nicht veröden. Immer wieder lassen sich in Bonn Stimmen hören, die meinen, die "allgemein günstige Wirtschaftsentwicklung" mache besondere Massnahmen zugunsten "bestimmter Gebiete" überflüssig. Das ist eine gefährliche Auffassung. Durch die bisherige Stützung ist es in den Randgebieten besser geworden - aber nicht gut. Der Abstand zwischen ihrer Wirtschaftskraft und der der westdeutschen Industrieeschwerpunkte hat sich vergrössert. Das ist nicht nur eine Feststellung der Opposition: Sie wurde jetzt auch wieder mit Nachdruck von einer Konferenz der Landesregierungen von Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vertreten, die ihre Experten zu einer Tagung nach Hannoversch-Münden schickten. Energisch wurde die Fortsetzung der Bundeshilfe aus wirtschaftlichen und politischen Gründen gefordert - und zwar nicht nur für ein neues Rechnungsjahr, sondern grundsätzlich bis zur Wiedervereinigung.

Noch immer wandern Arbeitskräfte aus dem Zonenrand nach Westen ab. Nur mit sehr vielen guten Worten und auch mehr Geld gelingt es, Betriebe neu anzusiedeln. Die Arbeitslosenzahl ist hier die höchste in Bundesgebiet: Im Schnitt doppelt so hoch als anderwo. Der Kreis Helmstedt hat 20 000 Facharbeiter verloren, die an Rhein und Ruhr und in Baden-Württemberg mehr verdienen können. Gelingt es, innerhalb von fünf Jahren im Bundesgebiet die Beschäftigtenzahl um 24,6 Prozent zu erhöhen, so nahrt sie im Grenzraum nur um 15,7 Prozent zu. Die Gegner einer Fortsetzung der Bundeshilfe sagen, die Arbeitslosen der Fördergebiete würden, gibt Bonn immer weiter Geld, davon abgehalten werden, in anderen Bezirken Arbeit aufzunehmen. Welch ein Unsinn, welche Verkennung der Wirklichkeit!

Es geht darum, den Zonengrenzraum krisenfest zu machen, auch aus politischen Gründen. Verantwortungsbewusste Regierungen in aller Welt setzen darauf, dass ihre Grenzgebiete nicht als Stiefkinder behandelt werden. Aber auch die Wirtschaft selbst ist im höchsten Masse interessiert daran. Es ist ein offenes Geheimnis, dass beispielsweise die Raumplaner mit grösster Sorge die Industrieballungen an der Ruhr betrachten, weil hier die Wasserversorgung immer problematischer wird.

Es geht nicht ohne Bundeshilfe. Die Standortverhältnisse der Industrie im Zonenrandgebiet mit ihren schwierigen Verkehrsverhältnissen, unter der Abschneidung von der mit ihnen früher verbundenen mitteldeutschen Wirtschaft leidend, bedingen Kostensteigerungen bzw. Erlösminderungen, die nicht von ungefähr sind. Nur ein Beispiel: Die Maximilianshütte Sulzbach-Rosenberg muss auf die preisgünstigen Erzenstofflieferungen aus Mitteldeutschland und der DDR verzichten und teurer über eine doppelt weite Entfernung in westlicher Richtung einkaufen. Das macht allein bei diesem Betrieb eine jährliche Mehrbelastung von fünf Millionen DM aus. Acht Millionen müssen für Importschrott ausgegeben werden.

Kein Fass ohne Boden

Es ist töricht zu glauben, die in der Zonenrand investierten Gelder machten sich nicht bezahlt. Das ist die andere Seite der Medaille: 61 Betriebe in Schleswig-Holstein, die seit der Währungsreform 70,0 Millionen DM an Staatskrediten erhalten hatten, haben inzwischen die Schuld zu einem Drittel getilgt. Sie beschäftigen 26 500 Arbeitnehmer und geben Aufträge in Höhe von 285 Millionen DM an andere Unternehmen weiter. Diese Betriebe haben inzwischen 190 Millionen DM an Steuern gezahlt - beinahe das Dreifache also der Kreditsumme.

An der Unterelbe bei Geesthacht wird das 20-Millionen-Projekt eines Stauwerkes Wirklichkeit. Die Arbeitslosen in diesem Notstandsgebiet verschwinden. Dank der Initiative des Bundes, der hier ein Binschen gehabt hat, der Wirtschaft am Zonenrand helfen wollte? Nein, weil Hamburg mehr Energie braucht und der Schiffbau an dem entstehenden Forschungsreaktor interessiert ist.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich Investitionen im Zonenrandgebiet durchaus lohnen. Es handelt sich nicht um "ein Fass ohne Boden". Die Bundeshilfe wird sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch am Tage der Wiedervereinigung auszahlen.

Kein Porzellan zerschlagen

sp- Mit großer Erleichterung hat die deutsche Öffentlichkeit die Kunde vernommen, daß die deutsch-russischen Verhandlungen über das Repatriierungs-Problem weiter gehen. Sie standen von Beginn an unter einem unglücklichen Vorzeichen. Beide Seiten hatten bisher Prestigefragen in den Vordergrund geschoben; die Bundesregierung legte sich auf Zahlen fest, die sich nicht aufrechterhalten ließen. Die Sowjet-Union operierte dagegen mit staatsrechtlichen Bedenken. Das führte zur Verhärtung der beiderseitigen Standpunkte. Jetzt scheint eine Auflockerung eingetreten zu sein. Moskau hat sich bereit erklärt, "Einzelfälle" zu behandeln, und der bundesrepublikanische Verhandlungsführer, Botschafter Lahr, gibt sich Mühe, das sowjetische Prestige dabei nicht herauszufordern.

In diesem Stadium ist es noch ungewiß, inwieweit die so günstig verlaufenden Verhandlungen zwischen den Deutschen und Russischen Roten Kreuz als Richtschnur dienen werden. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Weitz, hatte hier gute Vorkarbeit geleistet. Man war übereingekommen, daß alle Deutschen in der Sowjet-Union die Familienangehörige in der Bundesrepublik haben, wenn sie es wünschen, in die Bundesrepublik zurückkehren sollen. Das bezog sich vor allem auf Ostpreußen- und Memel-Deutsche. Der Vertreter des sowjet-russischen Roten Kreuzes, Prof. Mitsurov, hat seine Zusage eingehalten, ja, er war in der Lage, seine Regierung dazu zu verpflichten. Warum an diesen Gegebenheiten nicht weiterbauen? Hier vollzog sich ein menschlicher Kontakt, der man gerade von bundesrepublikanischer Seite weiterpflegen sollte, und in dem Prestige-Erwägungen keine Rolle spielten.

Diese deutsch-russischen Verhandlungen sind die bisher einzige Ebene, auf der Verständigungsmöglichkeiten zwischen uns und den slawischen Völkern bestehen. Sie zu verschütten, hätte tragische Folgen. Daran kann beiden Völkern nicht gelegen sein. Die kommenden Verhandlungen werden ein Gradmesser dafür sein, inwieweit Bonn und Moskau daran gelegen ist, das an sich Selbstverständliche zu tun.

Antwort der Funktionäre

Wir lesen im "Hamburger Echo":

In später Abendstunde, als das Ergebnis der Bürgerschaftswahl und der grosse Erfolg der SED in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung bekanntgeworden war, kam es vor dem Kurt-Schumacher-Haus am Besenbinderhof zu spontanen Kundgebungen der Freude, die eine Menschenmenge von mehr als tausend Personen dem Landesvorstand der SPD darbrachte. Viele hundert Fackeln flammten auf und liessen das Parteihaus in einem magischen Licht erscheinen.

Während die Menge noch auf die Rückkehr von Max Brauer, Dr. Paul Nevermann, Adolph Schönfelder und Karl Vittinghoff wartete, die in das Lokstedter Studio des Fernsehens gefahren waren, nahm zunächst der Zweite Vorsitzende der SPD, Walter Schmedemann, das Wort zu einer kurzen Ansprache an die Menge: "Freunde", so sagte er, "dieser Sieg ist die Antwort der Funktionäre".

Kurz nach Schluss der Fernsehendung trafen aber schon unter brausenden Hochrufen der Wartenden Max Brauer, Dr. Paul Nevermann, Adolph Schönfelder und Karl Vittinghoff vor dem Parteihaus ein, die darauf in Ansprachen den vor dem Hause wartenden Hamburgern den herzlichen Dank für ihre grosse Anteilnahme übermittelten.

Vittinghoff führte aus: "Liebe Freunde, wir haben es geschafft, das ist in erster Linie die Arbeit der ungezählten Funktionäre".

Und dann Max Brauer: "Wir werden halten, was wir versprochen haben. Wir bitten euch, auch in den kommenden Zeiten fest zu uns zu halten. Fest steht, dass wir noch mehr Funktionäre brauchen".

"Vor euch steht ein Mann", so führte Dr. Paul Nevermann aus, "der als Oppositionsführer arbeitslos geworden ist. Wir werden den Parteien des Hamburg-Blocks vormachen, dass man sein Versprechen erfüllen muss. 53,9 Prozent der Stimmen, das ist noch nicht dagewesen. Wir verdanken dieses Ergebnis in erster Linie der unermüdlichen Arbeit der Funktionäre, die Dr. Sieveking nicht zur Verfügung hatte. Dafür ist er aber der Mann mit Profil. Wir verdanken dieses Ergebnis aber an zweiter Stelle der Arbeit des Senats bis 1953, die unvergessen ist und von den Wählern als Vergleich herangezogen wurde."

Dann nahm Adolph Schönfelder das Wort: "Ich spreche hier jetzt nur noch als alter Funktionär. Ich darf euch dafür danken, dass ich diesen Sieg in meinem 82. Lebensjahr noch habe erleben dürfen."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel